

KOOPERATIVE VIELFALT UND DAS „GANZE DER ARBEIT“ *Zukunftsfähiges Arbeiten durch neue (Ver)teilung*

Adelheid Biesecker

Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit, Gemeinwesenarbeit und Eigenarbeit müssen in Zukunft verstärkt als das „Ganze der Arbeit“ zusammengedacht, gefördert und gerechter verteilt werden. Zukunftsfähiges Arbeiten verlangt daher kooperative Vielfalt und einen Gesellschaftsvertrag, der Geschlechter und Generationenfrage neu regelt.

Die Diskussion um die Frage, wie die Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann, wird gegenwärtig entlang zweier großer Linien geführt, wobei sich die Frage selbst verändert:

Die einen argumentieren, Arbeit sei zu teuer und müsse daher verbilligt werden. Gewerkschaften werden aufgefordert, Lohnverzicht zu üben sowie auf Arbeitszeitverkürzungen zu verzichten, und der Staat wird bedrängt, die Lohnnebenkosten (vor allem die Beiträge zur Sozialversicherung, aber auch die Steuern) zu senken. Würde all dies geschehen, würden die Unternehmen (vor allem über neue Technologien) schon wieder genügend Arbeitsplätze schaffen. Dieses Konzept setzt weiterhin auf den Markt als einziges Steuerungsprinzip zwischen (Arbeits-)Angebot und (Arbeits-)Nachfrage und hat daher zu allererst den Arbeitspreis, den Lohn, im Visier. Beschäftigungspolitik ist hier vor allem Lohnsenkungspolitik im weitesten Sinne.

Die anderen gehen dagegen davon aus, daß der alte Marktmechanismus allein nie wieder Vollbeschäftigung bringen wird, da er nur „Arbeitsplätze alter Art“, nämlich Erwerbsarbeitsplätze, regulieren könne, die aber gerade als Folge des Fortschritts (der gestiegenen Arbeitsproduktivität) immer weniger gebraucht würden. Daher komme es darauf an, den Blick zu weiten, hin zu anderen Formen von Arbeit, die ebenfalls gesellschaftlich notwendig und nützlich sind und deren Aufwertung und Weiterentwicklung in Verbindung mit Erwerbsarbeit die Grundlage für neue Arbeitsmodelle bilde, die Beschäftigung für alle bedeuteten. Die Frage laute so nicht mehr: „Wie ist die Arbeitslosigkeit zu beseitigen?“, sondern: „Wie sieht zukunftsfähige Beschäftigung aus?“. Dieses Konzept setzt nicht mehr ausschließlich auf den Marktmechanismus als Steuerungsform, sondern insbesondere auch auf gesellschaftlich gestaltete neue Formen der Teilung und Verteilung von Arbeit. Beschäftigungspolitik ist hier vor allem Arbeitsstrukturpolitik, verknüpft mit Einkommensstrukturpolitik.

Die im weiteren entwickelten Gedanken beziehen sich auf diese zweite Position. Meine Hauptthesen in dieser Diskussion lauten:

- Arbeitslosigkeit kann nicht durch Schaffung von „Arbeitsplätzen alter Art“ überwunden werden, sondern nur durch das kooperative Zusammenspiel von vielfältigen Arbeitsformen, die gleichwertig nebeneinander bestehen.
- Die Grundlagen einer entsprechenden gesellschaftlichen Arbeitsorganisation ist ein erweitertes Verständnis von Arbeit.
- Beschäftigungspolitik für zukunftsfähiges Arbeiten beruht auf der Umverteilung der bestehenden Arbeiten (sowohl innerhalb der Erwerbsarbeit als auch zwischen Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit und Gemeinwesenarbeit), auf der Neu-Schaffung von Arbeit für die Reproduktion von natürlicher Mitwelt und sozialer Lebenswelt sowie auf der Koordination der verschiedenen Arbeiten zu einem „kooperativen Ganzen“.
- Als Rahmen ist die Neu-Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeit und Einkommen nötig (Gesellschaftsvertrag).

Der Begriff „Zukunftsfähigkeit“ gibt dabei das gesellschaftspolitische Leitbild der Nachhaltigkeit an: die Vorstellung, daß, soll die menschliche Gesellschaft dauerhaft bestehen und sollen zukünftige Generationen qualitativ gleiche Lebenschancen haben wie wir heute, das Arbeiten der Gesellschaft naturgemäß, lebensfreundlich und wohlfahrtssichernd gestaltet werden müsse. Zukunftsfähigkeit hat damit eine ökologische, eine soziale und eine kulturell-individuelle Dimension, wovon das Ökonomische ein Teil ist. Es geht gleichermaßen um den Erhalt der Evolutionsfähigkeit der natürlichen Mitwelt, den kooperativen und gleichberechtigten Erhalt der Gesellschaft sowie die Sicherung der Wert-

schöpfung für ein „gutes Leben“, dessen qualitativer Gehalt gesellschaftlich-diskursiv zu bestimmen ist. (vgl. Busch-Lüty/ Dürr 1993 sowie Busch-Lüty 1996).

Das Hauptproblem: Enges Ökonomie- und Arbeitskonzept

Die Hauptursache für das Problem, das wir „Arbeitslosigkeit“ nennen, liegt m.E. in dem engen Verständnis von Ökonomie als Markt-Ökonomie und in der Annahme, diese sei autonom, d.h. unabhängig von der sozialen Lebenswelt und der natürlichen Mitwelt. Es ist im übrigen auch die Ursache für die Zerstörung der natürlichen Mitwelt durch unsere Arbeits- und Lebensweise. Die soziale Lebenswelt und die natürliche Mitwelt werden sozusagen als unhinterfragte Existenzbedingungen der Marktökonomie angesehen, die nützlich sind für die Produktion unseres Wohlstands, die aber die Kosten dieses Wohlstands als eigene Zerstörung zu tragen haben. Die natürliche Mitwelt dient der Marktökonomie in ihrer auf Erwerbsarbeit reduzierten Arbeit als Quelle für Rohstoffe und als Senke für Abfälle, die soziale Lebenswelt als „Quelle“ von Erwerbsarbeitskraft, die ja in der Marktökonomie selbst nicht als Ware produziert werden kann, und als „Senke“ für die Konsumgüter, die die Marktökonomie durch den Verkauf an die KonsumentInnen wirklich los wird - sie braucht sich nicht mehr um deren weiteren Verbleib zu sorgen. Mit diesem Ökonomie-Bild ist ein enger Arbeitsbegriff verbunden: Nur Erwerbsarbeit (EA) gilt als Arbeit. Und nur über diese Erwerbsarbeit erhalten die arbeitenden Gesellschaftsmitglieder Einkommen. Andere Tätigkeiten werden nicht mit Geld bezahlt, gelten als Nicht-Arbeit, sind daher wertlos (vgl. zu dieser Kritik auch Scurrall 1997). Über Erwerbsarbeit wird die Zugehörigkeit zur Gesellschaft bestimmt. Der Kern des Gesellschaftsvertrages ist also der individuelle Arbeitsvertrag, der besagt: Gib Arbeit (genauer Arbeitskraft), so erhältst du Lohn, mit dem du Konsumgüter kaufen kannst (genauer: mußt). Die gleichermaßen über diesen Vertrag geregelte Teilnahme an der Erwerbsarbeit wie an den Konsumgütern regelt somit die Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Nicht-Erwerbsarbeitende, Nicht-EinkommensbezieherInnen sind daher keine vollwertigen Gesellschaftsmitglieder (vgl. Biesecker/ v. Winterfeld 1998).

Diese Markt-Ökonomie ist kapitalistisch organisiert. Kapital wird in der Produktion eingesetzt, um Profit zu erwirtschaften. Je produktiver die Arbeitskraft ist, die für dieses Kapital arbeitet, desto weniger Arbeitskräfte werden für die Produktion einer Wareneinheit bzw. für eine Dienstleistung benötigt. Fortschritt ist Produktivitätsfortschritt der Arbeit und drückt sich in dieser Ökonomie daher aus als Freisetzung von Arbeitskraft, als Arbeitslosigkeit, verbunden mit Einkommenslosigkeit. Das ist paradox - denn eigentlich geht es hier um die „Früchte des Fortschritts“. Für die alten Griechen wäre es das Höchste gewesen, die Gesellschaft so produktiv zu machen, daß immer weniger Erwerbsarbeit nötig ist, und daß man (die Frauen waren davon ausgeschlossen, insofern ist dies kein Vorbild für Zukunftsfähigkeit!) sich in der freien Zeit dem eigentlichen Sinn des Lebens, der Politik und Philosophie, widmen könnte. Wir heute können aber mit diesen Früchten des Fortschritts nicht umgehen - wir erkennen sie nicht einmal als Früchte, sondern sehen sie als Makel an, an dem wir möglichst nicht teilhaben wollen. So verteilen wir diese freie Zeit auch nicht unter allen, sondern überlassen sie einigen wenigen, die aufgrund des Übermaßes davon gar nichts haben - den Arbeitslosen. Staatliche Politik, die auf Produktivitätssteigerung zwecks Wettbewerbsfähigkeit zielt, wie sie heute immer wieder gefordert wird, fördert daher langfristig Arbeitslosigkeit. Beschäftigungspolitik auf der Grundlage dieses Ökonomie- und Arbeitsverständnisses, die eben nicht nur Lohnsenkungspolitik sein will, kann daher nur bedeuten, die verbleibende Erwerbsarbeit umzuverteilen und neue Arbeitsfelder zu fördern, z.B. neue Dienstleistungen oder Recycling bzw. Rückbau-Arbeit (z.B. in der Büromaschinenbranche, bei Haushaltsgeräten, in der Automobilindustrie) inklusive Rücktransportarbeit.

Die Alternative: Erweitertes Ökonomie-Verständnis und „Das Ganze der Arbeit“

Ein erweitertes Ökonomie-Verständnis zeigt, daß dies nur die halbe ökonomische Wahrheit ist. Verstehen wir Ökonomie nicht als autonom, sondern als eingebettet in die soziale Lebenswelt und die natürliche Mitwelt, so wird die andere ökonomische Hälfte sichtbar: die Versorgungsökonomie. Unter Versorgungsökonomien (wieder gibt es viele Arten) sind dabei die ganzen versorgungswirtschaftlichen Bereiche im Rahmen von Hausarbeit, Gartenarbeit, kleiner Landwirtschaft, Kinder-, Alten- und Krankenversorgung gemeint. Dieses erweiterte Verständnis von Ökonomie führt somit zu dem, was an anderer Stelle „Vorsorgendes Wirtschaften“ genannt wird. Hier ist nicht nur die Versorgungsökonomie mit im Blick, sondern sie ist sozusagen der Ausgangspunkt. Hier spielt sich das Entscheidende, das Regenerative, ab - die Marktökonomie ist Mittel, diese lebenswichtigen Prozesse zu stützen. Genau wie die natürliche Mitwelt mit ihren Ressourcen und Möglichkeiten der Aufnahme und Verarbeitung von Abfällen sind die wirtschaftlichen Tätigkeiten im versorgungswirtschaftlichen Bereich, die „vorsorgende Tätigkeiten“ sind, in diesem Konzept der Ökonomie unabdingbare Voraussetzungen jeglichen Wirtschaftens. Noch vor der monetären hat die Ökonomie also eine soziale und eine physische Dimension (vgl. Biesecker/ Jochimsen/ Knobloch 1997).

Die Erweiterung des ökonomischen Blickes hat auch Konsequenzen für den Arbeitsbegriff. Arbeit ist jetzt vielfältig (vgl. auch hierzu Scurrall 1997): Sie ist zunächst Erwerbsarbeit (EA) und Versorgungsarbeit (VA). Aber sie ist noch mehr. Denn die soziale Lebenswelt löst sich ja nicht vollständig in der Versorgungsökonomie auf, sondern kennt ihre eigenen Arbeitsarten: Wir nennen sie heute Gemeinwesenarbeit (Gema) oder BürgerInnen-Arbeit (vgl. dazu Beck 1998 sowie die Studie der Kommission für Zukunftsfragen von 1997) und Eigenarbeit (EiA). Dabei meint Gemeinwesenarbeit oder BürgerInnen-Arbeit solche Arbeit, in der für die Gesellschaft wichtige und nützliche Dinge hergestellt werden. Scherhorn nennt sie „Gemeinschaftsgüter“ (vgl. Scherhorn 1998). Dies sind z.B. Umweltstandards durch Agenda 21-Tätigkeiten oder Sozialstandards durch Engagement in NGOs, wie z.B. die Österreichische Armutskonferenz. Gemeinschaftsgüter sind häufig immaterielle Güter. Und Eigenarbeit ist selbstbestimmte Arbeit für sich allein, hier werden Dinge für die Selbstversorgung hergestellt. Es können handwerkliche, kulturelle oder soziale Produkte sein (vgl. Redler 1998). Kategorial gehört diese Arbeit sowohl in die Versorgungsökonomie als auch in den anderen Teil der sozialen Lebenswelt. Allerdings: Auch wenn mit diesem erweiterten Ökonomie-Verständnis die anderen Arten von Arbeit sichtbar und damit überhaupt gestaltbar werden, so sind sie in der heutigen ökonomischen Realität doch nicht gleichwertig. Nur Erwerbsarbeit „bringt Geld“, und deshalb zählt nur Erwerbsarbeit. Die anderen Arbeiten sind sozusagen wertlos. Außerdem sind diese Arbeiten geschlechtshierarchisch verteilt. Gut bezahlte Erwerbsarbeit z.B. ist männlich, Versorgungsarbeit typischerweise weiblich. Dazwischen gibt es viele schlechter bezahlte Beschäftigungsverhältnisse für Frauen. Die Vollzeit-Erwerbsarbeit bleibt dabei in der Hierarchie oben. Hier wird auch deutlich, daß der Gesellschaftsvertrag, dessen Kern der oben erwähnte individuelle Erwerbs-Arbeitsvertrag ist, eine zweite Komponente hat - den Geschlechter-Vertrag. Herkömmlicherweise bedeutet er, daß der Mann Erwerbsarbeit leistet, die bezahlt wird, und die Frau die Versorgungsarbeit leistet, die nicht bezahlt wird. Die Frau erhält aus der Hand des Mannes ihre Lebens-Mittel, über die sie sich als Konsumentin an der Gesellschaft beteiligen kann.

Das erweiterte Ökonomie-Verständnis macht auch deutlich: Arbeitslosigkeit und Einkommenslosigkeit sind jetzt nicht mehr identisch. Viele Menschen, insbesondere Frauen, arbeiten ohne eigenes Einkommen. Sichtbar werden viele Formen des Arbeitens, die zwar für die soziale Lebenswelt und die natürliche Mitwelt nützlich sind, aber bisher nicht geleistet werden bzw. nicht gesellschaftlich wertgeschätzt sind. Die Entwicklung dieser Tätigkeitsbereiche und ihrer Wertschätzung, so meine These, bereitet, zusammen mit der Weiterentwicklung der Erwerbsarbeit, den Boden für zukunftsfähiges Arbeiten mit Vollbeschäftigung. Beispielhaft läßt sich hier die Erziehungsarbeit anführen, die heute großen Teils brachliegt, da Männer nicht die Lücken schließen, die durch die weibliche Erwerbsarbeit entstanden sind. Beispielhaft ist auch die Altenpflege zu nennen, die mit Hilfe gesetzlicher In-Wert-Setzung marktfähig gemacht wird, in Erwerbsarbeit verwandelt wird, anstatt sie als sorgende Tätigkeiten gesellschaftlich aufzuwerten und „lebensdienlich“ (Ulrich 1997) zu gestalten. Andere Beispiele sind die heute von vielen geleistete gesellschaftliche Arbeit im Prozeß der Agenda 21 oder in ökologische Land- und Forstwirtschaft oder in Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften; oder Recycling-Arbeit, die in allen Haushalten geleistet wird. Ein ganz wichtiger Bereich dieser bisher nicht oder zu gering geleisteten gesellschaftlich notwendigen Arbeit ist die Arbeit der Mediation, der Unterstützung von gesellschaftlichen Diskursen zur Lösung von Konflikten, wie sie z.B. im Umweltbereich, zwischen Nachbarschaften oder zwischen Anbietern und Nachfragern auftreten. Solche Mediation findet heute vielfach im Prozeß der Agenda 21, zur Lösung von Umweltkonflikten, aber auch zwischen Unternehmen oder zwischen Unternehmen und ihren Kunden statt. Gemäß diesen Überlegungen ist Arbeit vielfältig. Dabei löst sich nicht alle Zeit in Arbeit auf, es bleibt (und in einer zukunftsfähigen Gesellschaft ist das ein wachsender Teil) auch Zeit für Muße (vgl. Biesecker 1997).

Tab. 1: Die Vielfalt der Arbeitsarten

Arbeit =	EA	VA	Gema	EiA	Muße
----------	----	----	------	-----	------

EA = Erwerbsarbeit, VA = Versorgungsarbeit, Gema = Gemeinwesenarbeit, EiA = Eigenarbeit

Staatliche Beschäftigungspolitik auf der Grundlage dieses erweiterten Ökonomie und Arbeitsverständnisses bedeutet neben der o.g. Umverteilung und Förderung der Erwerbsarbeit die Aufwertung und Ausgestaltung der Versorgungsarbeit sowie die Förderung von Gemeinwesenarbeit und Eigenarbeit und ihre „In-Wert-Setzung“.

Beschäftigungspolitik für zukunftsfähiges Arbeiten als Arbeitsstrukturpolitik

Arbeitspolitik für Vollbeschäftigung kann nach dieser Konzeption nicht heißen, ausschließlich die Marktmechanismen am Arbeitsmarkt in Bewegung zu setzen, um darüber wieder Arbeitsplätze alten Stils zu schaffen. Vielmehr geht es darum, die genannten verschiedenen Formen der Arbeit zu fördern, also ein Arbeitsmodell zu entwickeln, das auf kooperative Vielfalt setzt, um dieses sodann als Ganzes zu gestalten. Beschäftigungspolitik für zukunftsfähiges Arbeiten besteht damit sowohl in der Förderung von einzelnen Arbeitsformen und deren Neu- oder überhaupt Be-Wertung als auch in der Gestaltung des „Ganzen der Arbeit“ als kooperative Einheit. Ich nenne diese Politik daher „Arbeitsstrukturpolitik“. Was kann das im Einzelnen bedeuten?

Förderung der verschiedenen Formen des Arbeitens

Meine Vorstellung von einer „kooperativen Vielfalt“ schließt zwar Spezialisierungen nicht aus, bedeutet jedoch keinesfalls, daß die Erwerbsarbeit nur bei einigen wenigen konzentriert ist, während alle anderen die neuen Formen des Arbeitens verrichten. Vielmehr meint „kooperative Vielfalt“ gerade auch, daß jede und jeder mehrere Formen des Arbeitens leisten können wird. Die Grundlage dafür ist somit eine Umverteilung der Erwerbsarbeit. Diese Umverteilung kann z.B. über eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 25 Stunden oder über ein so spezifisches Modell wie das VW-Modell erfolgen. Eine generelle Arbeitszeitverkürzung setzt ja zum einen Erwerbsarbeit frei, die von den bisherigen Arbeitskräften nicht mehr geleistet werden kann, und macht dadurch die Einstellung neuer Erwerbsarbeitskräfte möglich. Das bedeutet eine Umverteilung von Erwerbsarbeit auf heute Erwerbsarbeitslose. Zum anderen setzt diese generelle Arbeitszeitverkürzung Zeit für Versorgungs-, Gemeinwesen- und/oder Eigenarbeit frei. Erste wissenschaftliche Untersuchungen des VW-Modells (generelle Arbeitszeitverkürzung auf 28,8 Stunden, d.h. Freisetzung von 7,2 Stunden ehemaliger Erwerbsarbeit-Zeit für andere Tätigkeiten) zeigen, daß freie Zeit nicht etwa automatisch für Versorgungsarbeit verwendet wird, d.h. daß nicht automatisch die o.g. Lücke in der Versorgungsarbeit geschlossen wird (Vgl. Jürgens/ Reinecke 1997). Offenbar ist eine starke gesellschaftliche Aufwertung dieser Arbeit nötig, um sie für bisher voll in der Erwerbsarbeit tätige Männer attraktiv zu machen. Aber auch über gesellschaftliche Verpflichtung auf die verschiedenen Formen der Arbeit muß wohl nachgedacht werden. Arbeitsstrukturpolitik für zukunftsfähiges Arbeiten ist also *zum einen* Arbeitszeitpolitik, verbunden mit Erwerbsarbeit-Umverteilung.

Förderung der Erwerbsarbeit in diesem Konzept einer Arbeitsstrukturpolitik für Zukunftsfähigkeit bedeutet *zum zweiten* die Förderung neuer Erwerbsarbeitsbereiche. Zu diesen gehören z.B. neue Dienstleistungen (z.B. Transport-Dienstleistungen anstelle von Autos, oder menschnennahe Dienstleistungen), die Entwicklung neuer, insbesondere naturgemäßer Arbeitsfelder wie Recycling-Arbeit, Rückbau-Arbeit oder Reparaturarbeiten zur Verlängerung des Lebenszyklus der Konsumgüter, die Förderung von Selbstständigkeit (wobei es hier vor allem auf entsprechende diese Projekte wertschätzende Finanzierungsmodelle ankommt) sowie die Förderung der Erwerbsarbeit in solchen Organisationen, in denen im weitesten Sinne Gemeinwesenarbeit geleistet wird. (Häufig sind das sogenannte Non-Profit-Organisationen).

Bezüglich der Versorgungsarbeit, dem *dritten Feld* im hier entwickelten Konzept, geht es keinesfalls darum, hier neue Arbeitsfelder zu entwickeln - Versorgungsarbeit ist genug zu tun, und insbesondere im Bereich der Arbeit mit Kindern und der Pflegearbeit mit alten Menschen entsteht sie immer wieder neu. Hier geht es vor allem um die Aufwertung dieser Arbeit und ihre Ausgestaltung. Die Aufwertung könnte z.B. über ein gesellschaftliches Grund- oder BürgerInnen-Einkommen erfolgen, verbunden mit einer Absicherung von Rentenansprüchen über Versorgungsarbeit. Die Ausgestaltung könnte und müßte über soziale Infrastruktureinrichtungen wie Kinderkrippen, Kindergärten und Gemeinschaftsküchen, aber auch über Formen des gemeinsamen Wohnens von unterschiedlichen Generationen geschehen. Dazu gehört ebenfalls eine zu diesen Arbeiten passende Verkehrspolitik die die verschiedenen Räume, in denen sie sich abspielen, benutzerInnenfreundlich zusammenbindet (vgl. dazu Spitzner 1997). Insgesamt kommt es hier darauf an, diese Arbeit als kompetente, professionelle gesellschaftliche Arbeit deutlich zu machen. Dazu gehört dann auch eine entsprechende Qualifizierung und Weiterbildung.

Auch bei der Gemeinwesen- oder BürgerInnen-Arbeit, dem *vierten Bereich*, geht es nicht so sehr um das „Erfinden“ neuer Tätigkeiten (das machen die Menschen schon selbst, ihre Initiative gilt es zu unterstützen), sondern um deren In-Wert-Setzung über gesellschaftliche Anerkennung und eventuelle Bezahlung. Arbeitsfelder, die sich gegenwärtig hier entwickeln, sind Felder moderner Wohlfahrtspflege wie Suppenküchen, „Bremer Tafel“ oder „Berliner Tafel“, VerbraucherInnen-Gruppen, Naturschutzgruppen, BürgerInneninitiativen, Beteiligungen an Mediationsverfahren z.B. im Umweltschutz,

Tauschringe, Runde Tische im Prozeß der Agenda 21. Ulrich Beck schlägt hier die Organisationsform als „Gemeinwohl-Unternehmer“ vor, der dem „Ausschuß für Bürgerarbeit“ verantwortlich ist und von ihm ausgewählt wird. „Dieser „visionäre Pragmatiker“ soll eine charismatische Führungspersönlichkeit sein, die ungelöste Aufgaben identifizieren und dafür brachliegende Ressourcen mobilisieren kann.“ (Beck 1998, S. 62). Diese Organisationsform halte ich aus zwei Gründen für unglücklich: Zum einen entspricht sie nicht der Entfaltung der Initiative von unten, sondern setzt wieder auf einzelne (männliche?) Führungspersönlichkeiten. Darüber wird gerade verhindert, daß sich die Vielfalt der Kompetenz, die bei den „BürgerInnen als Lebens-ExpertInnen“ vorhanden ist, entfalten kann. Zum anderen wäre es m.E. besser, von der Gemeinwohl-HaushälterIn zu sprechen, da es nicht um das unternehmerische Prinzip, das gewinnorientiert ist, geht, sondern um das Prinzip des Haushaltens: Und das ist das Prinzip des Sorgens und Vorsorgens. Die Entwicklung dieses Arbeitsfeldes wirkt dabei selbst politikverändernd, da hier „Politik von unten“ gemacht wird. Hier entsteht das, was Widmaier „Demokratie als Lebensform“ oder als „Entdeckungsverfahren“ (vgl. Widmaier 1998 sowie Widmaier/ Wichert 1995) bezeichnet.

Bei der Förderung von Eigenarbeit, dem *fünftten Gebiet* im hier entwickelten Arbeitsstruktur-Konzept, geht es insbesondere nicht um das Erfinden neuer Felder, sondern um die Unterstützung von Eigeninitiativen. Das kann z.B. bedeuten, die schon bestehenden „Häuser der Eigenarbeit“ räumlich und finanziell zu unterstützen. Es kann auch heißen, die Entstehung neuer ähnlicher Einrichtungen zu fördern. Insbesondere geht es hier aber darum, diese Tätigkeit gesellschaftlich als wertvolle Beschäftigung deutlich zu machen und sie auch als „Baustein für nachhaltigen Konsum“ (Redler 1998, S. 65) zu diskutieren. Eigenarbeit ist somit auch eine Möglichkeit, dem Konsum-Terror durch Eigenproduktion zu entfliehen.

Förderung des „Ganzen der Arbeit“

Für die Gestaltung zukunftsfähigen Arbeitens reicht es, das wurde oben schon deutlich, jedoch nicht aus, die genannten Arbeitsformen getrennt zu entwickeln. Es geht ja auch und gerade um die Aufhebung der Trennungen zwischen Produktion und Reproduktion, zwischen Erwerbsarbeit und Versorgungsarbeit. Denn diese Trennung verursacht gemäß meiner Analyse das Problem der sogenannten Arbeitslosigkeit, weil sie den Blick auf das „Ganze der Arbeit“ verstellt. Und es geht um die Gestaltung dieser Bereiche und des Bereichs der Gemeinwesenarbeit und der Eigenarbeit als Einheit ohne Hierarchie. Nur mit Hilfe dieser Einheit kann die herkömmliche, lineare, marktökonomisch enge Produktionsweise in eine kreislaufförmige, kooperative Produktionsform verwandelt werden, in der die „Kosten des Wohlstands“ nicht nur durch Recycling beseitigbar sind, sondern durch eine „ökologische Stoffwirtschaft“ gar nicht erst entstehen (die Kosten werden von Scherhorn et al. inzwischen auf 53 % des Sozialprodukts geschätzt, vgl. Scherhorn et al. 1997. Zum Konzept der „ökologischen Stoffwirtschaft“ vgl. Hofmeister 1998). Hergestellt werden kann die notwendige Einheit der verschiedenen gesellschaftlichen Arbeitsbereiche auf unterschiedlichem Wege:

- als institutionalisierte Abstimmung der verschiedenen Sektoren aufeinander. Formen sind hier Kooperationen entlang der Produktlinie, Kooperationen zwischen verschiedenen Unternehmen mit dem Ziel der Null-Emission in sogenannten „EcoIndustrial-Parks“ oder Kooperationen in Bedürfnisfeldern wie Ernährung oder Wohnen. Hier sind alle (regionalen oder lokalen) AkteurInnen einbezogen, seien es UnternehmerInnen, VerbraucherInnen, HändlerInnen und NGOs. Andere Beispiele sind Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, Kunden-Dialoge von Unternehmen, Fahrgast-Foren von Verkehrsunternehmen oder Runde Tische. Auch regionale Verbände mit dem Ziel der Re-Regionalisierung von Arbeit gehören hierher.
- als verstärkte Übernahme der Versorgungsarbeit durch Männer und entsprechendes Überlassen gut bezahlter Erwerbsarbeit für Frauen. Denn Aufhebung von Trennungen heißt auch und gerade Aufhebung der geschlechtsspezifischen Zuweisung von Arbeitsbereichen. Das funktioniert jedoch nur, wenn die Versorgungsarbeit, wie oben diskutiert, auch zu Einkommen und Rentenansprüchen führt und entsprechend attraktiv ist. Die Vision, die hier hinter steht, ist die der „Caregiver Parity“, einer wirklichen Geschlechter-Parität zwischen den die sorgenden Tätigkeiten ausführenden Menschen (vgl. Frazer 1997). Aber ob Anreize ausreichen, um diese Arbeits-Umverteilung wirklich massenhaft in Gang zu setzen? Oder sollen wir eine „Pflicht für Männer zur Versorgungsarbeit“ formulieren? Wichtig ist sicherlich, einen Anschub zu geben, damit gemeinsame Erfahrungen sowohl in den Prinzipien der Versorgungsarbeit als auch der Erwerbsarbeit von Männern und Frauen gemacht werden. Denn diese Prinzipien sind unterschiedlich. Geht es in der Marktökonomie um Eigennutz, Konkurrenz und Maximierung des Erfolgs, so geht es in der Versorgungsökonomie um Sorgen und Vorsor-

gen für sich und andere, Kooperation und die Herstellung des Lebens-Notwendigen (vgl. hierzu Busch-Lütjens u.a. (Hg.) 1994 sowie Biesecker 1998).

- als intra-personale Aufhebung der Trennung, in dem für jede Frau und jeden Mann die wahlweise Beschäftigung in den verschiedenen Bereichen ermöglicht wird. Praktische Beispiele sind familienfreundliche Arbeitszeitmodelle wie bei der Textilfirma Rösch in Tübingen, bei der es mit 325 Beschäftigten fast 100 individuell geschneiderte Arbeitszeitvarianten gibt (vgl. Metall 1/98). Auch das schon genannte VW-Modell ist ein solches praktisches Beispiel. Andere Formen sind Teilzeitarbeit und Sabbatjahre. Konzeptionell steht hier das dreigeteilte Modell „Neue Arbeit“ von Bergmann im Diskussionsmittelpunkt (vgl. Bergmann 1998). Hier werden Erwerbsarbeit, selbstbestimmte Tätigkeit („Paid Calling“) und Selbstversorgung (High-Tech Self-Providing) kombiniert. Realisierungsversuche dieses Konzepts gibt es gegenwärtig z.B. in Wolfen in einer stark zerstörten ehemaligen ostdeutschen Industrieregion und im „Zentrum für Neue Arbeit“ in Kassel.

Beschäftigungspolitik für zukünftiges Arbeiten als Einkommensstrukturpolitik

Der skizzierten „kooperativen Vielfalt“ des Arbeitsmodells in einer zukunftsfähigen Gesellschaft entspricht die Vielfalt der Einkommensformen. Und wie die kooperative Vielfalt des Arbeitens als Ganzes gestaltet werden muß, so kommt es auch darauf an, die verschiedenen Einkommensformen so zu einem Ganzen zu koordinieren, daß für jede und jeden daraus eine lebensdienliche Grundlage entsteht. Was kann das im einzelnen heißen?

- Das Einkommen aus Erwerbsarbeit wird aufgrund der Reduktion der Erwerbsarbeitszeit auf 25 Stunden für viele geringer ausfallen als bisher. Dafür steht es aber allen zu. Durch Umverteilung innerhalb der Unternehmen von den hohen zu den niedrigen Lohn- und Gehaltsgruppen kann die Einkommensminderung nach unten abgefedert werden (vgl. zu diesem Vorschlag Schor 1992). Wenn außerdem die Konzentration auf einen allzu hohen Shareholder-Value dem Konzept des Stakeholder-Value Platz macht, wird auch hier Umverteilungsmasse frei. (Stakeholder sind alle von einer Unternehmenstätigkeit Betroffenen, nicht nur die Aktionäre. Moderne Unternehmen orientieren sich schon in dieser Art. Vgl. hierzu z.B. Biesecker 1998).
- Ergänzt wird dieses Einkommen aus Erwerbsarbeit um ein Grund- oder BürgerInnen-Einkommen, das alle Mitglieder der Gesellschaft erhalten. Dieses deckt zwar nicht den Beitrag in der Versorgungsarbeit und in der Gemeinwesenarbeit ab, denn es steht den Menschen einfach als Gesellschaftsmitglieder zu, es ermöglicht aber diese Tätigkeiten neben der stark verkürzten Erwerbsarbeit.
- Wer dennoch vor allem erwerbsarbeiten möchte, wird für die zusätzlichen Stunden stark progressiv besteuert. So werden Mittel frei, um diese Ungerechtigkeit der Verteilung der Erwerbsarbeit durch mehr Grundeinkommen für diejenigen auszugleichen, die dann auf Erwerbsarbeit verzichten müssen.
- Das ist aber nur ein Teil der Finanzierung von Grundeinkommen. Die Hauptquelle der Finanzierung sind die Produktivitätsgewinne in der Marktökonomie, Vermögen, die z.B. in Stiftungen verwandelt werden können, sowie Steuern auf internationale Kapitaltransaktionen (sogenannte Tobin-Steuer). Auch über Steuern auf den Naturverbrauch muß hier diskutiert werden, insbesondere, um „Nähe“ billiger und „Ferne“ teurer zu machen und um die relativen Preise zwischen den „Produktionsfaktoren“ Natur und Arbeitskraft zu verändern.
- Einkommens-Differenzierungen nach Familiengröße können entweder über ein Pro-Kopf-Mindest-Einkommen oder über das Steuersystem erfolgen (vgl. die Debatte um unterschiedliche Formen des Grundeinkommens).
- Dieses Geld-Einkommen aus Erwerbsarbeit und Grundeinkommen wird gemäß den vielfältigen Arbeitsmodellen ergänzt um Eigenversorgung. Denn wenn jede und jeder Versorgungsarbeit und Eigenarbeit leistet, wird ein Teil der Lebens-Mittel selbst hergestellt und braucht nicht als Konsumgut mit Hilfe von Geld am Markt erworben zu werden. Ergänzt wird dieses nicht-monetäre Einkommen aus Eigenarbeit und Eigenversorgung durch kooperative Formen des Konsums wie Car-Sharing, gemeinsame Nutzgärten, gemeinsame Gartengeräte ... Diese kooperative Form des Konsums kann unterstützt werden durch moderne Service-Center.

- Eine andere, ebenfalls nicht-monetäre Form des „Einkommens“ ist Zeit (Zeit, Einkommen 4): Aufgrund der nicht nur in Erwerbsarbeit, sondern auch in der Versorgungsarbeit und der Gemeinwesenarbeit steigenden Produktivität der Arbeit wird dieses vielfältige Arbeitsmodell durch immer mehr freie Zeit begleitet. Neben den bisher gewohnten „Güterwohlstand“ tritt somit ein „Zeitwohlstand“ (vgl. Scherhorn 1995) (Arbeitslose, die viel Zeit haben, haben keinen „Zeitwohlstand“. Wenn aber die gesellschaftlich freie Zeit auf alle verteilt wird, können sie alle als Wohlstand genießen). Diese freie Zeit wird aber, das sollte deutlich geworden sein, nicht einfach immer mehr: im sozialen und ökologischen Bereich gibt es viel Neues zu tun! Bezogen auf das „unmoderne“ und „nicht-zukunftsfähige“ Vollzeit-Erwerbsarbeitsmodell heißt das: wir haben keine Zeit mehr für eine 40-Stunden-Erwerbsarbeitswoche!

Dem vielfältigen Arbeitsmodell steht also ein vielfältiges Einkommensmodell gegenüber. Das verdeutlicht *Tab. 2*:

TAB. 2: DIE VIELFALT VON ARBEITS- UND EINKOMMENSARTEN

Arbeit	EA	VA	GemA	EiA	Muße
	↓			↓	↓
Einkommen	L			EiV	Zeit
		BE			

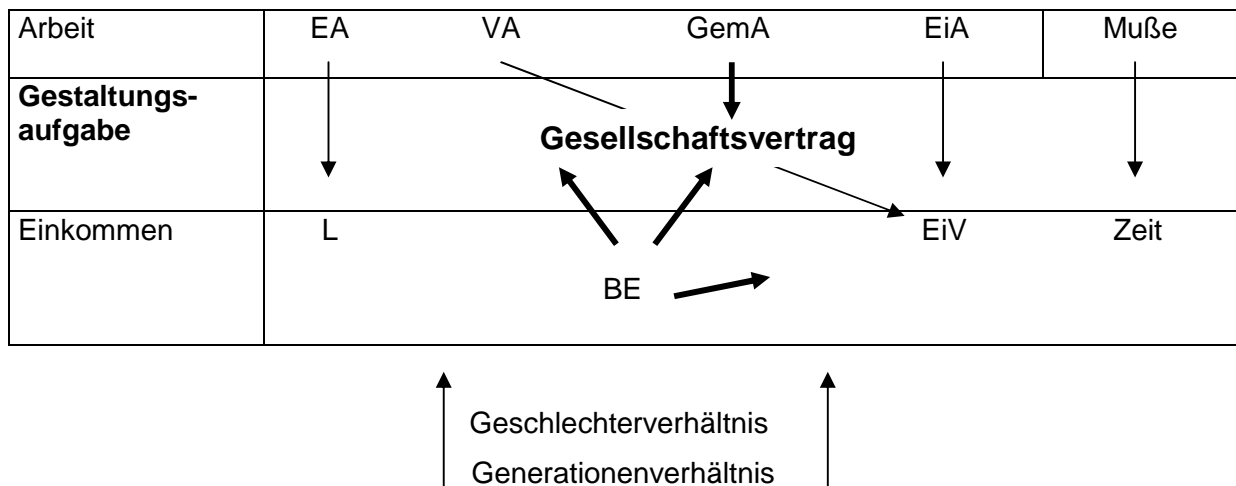
EA = Erwerbsarbeit, VA = Versorgungsarbeit, GemA = Gemeinwesenarbeit, EiA = Eigenarbeit
L = Lohn, EiV = Eigenversorgung, BE = BürgerInnen-Einkommen

Dabei verdeutlichen die Pfeile die Zuordnung von Arbeits- und Einkommensarten, wie sie schon auf der Grundlage des „alten Modells“ besteht. Nicht-vorhandene Pfeile machen zukünftige gesellschaftliche Gestaltungsaufgaben deutlich.

Neuer Gesellschaftsvertrag und die Rolle des Staates

Für die Gestaltung zukunftsfähigen Arbeitens als Ganzes ist eine aktive staatliche Politik nötig. Diese betrifft sowohl die einzelnen Arten des Arbeitens als auch ihr Zusammenspiel und das Verhältnis dieser Arbeitsarten zu den verschiedenen Formen des Einkommens. Beispiele wurden schon genannt: die Arbeitszeitpolitik, die maximale Arbeitszeiten festlegen muß, einschließlich des Verbots von Überstunden, und über die Wege zu flexiblen Arbeitszeit-Biographien eröffnet werden; die Einkommens-, Renten- und Infrastrukturpolitik zur Entfaltung der Versorgungsarbeit; die Politik, die Bedingungen schafft für anerkannte Gemeinwesenarbeit (wozu ebenfalls die Wirkung auf die Rente und der Einbezug in alle anderen Versicherungen gehört) sowie Eigenarbeit unterstützt; und die Einkommenspolitik, über die die unterschiedliche In-Wert-Setzung der Arbeitsarten erfolgt. Und damit tritt ein neues Problem auf - das des Zusammenspiels zwischen den Arten des Arbeitens und den Arten des Einkommens. Dieses Problem kann auch als „Ausgestaltung eines neuen Gesellschaftsvertrages“ bezeichnet werden. Denn der Kern des alten Gesellschaftsvertrages war ja der individuelle Erwerbsarbeits-Vertrag. Dieser ist jetzt aber nur noch Teil eines größeren Ganzen. Insofern geht es um eine Neuordnung der verschiedenen Optionen des Arbeitens und der Ansprüche und Möglichkeiten auf Einkommen im weitesten Sinne. Beschäftigungspolitik ist somit Politik der Förderung der einzelnen Arbeitsarten, Politik der Gestaltung der kooperativen Vielfalt des „Ganzen der Arbeit“, Politik der Gestaltung der Einkommenstruktur und Politik der Abstimmung zwischen dem „Ganzen der Arbeit“ und dem „Ganzen des Einkommens“. Den „Gehalt“ dieses Gesellschaftsvertrages und die dabei ebenfalls neu zu gestaltenden Verhältnisse verdeutlicht *Tab. 3*:

TAB. 3: STRUKTUR DES NEUEN GESELLSCHAFTSVERTRAGES



Damit bleibt der Staat bedeutender Akteur bei der Förderung des zukunftsfähigen Arbeitsmodells. Allerdings kann er vieles an die Selbsttätigkeit der BürgerInnen abgeben - nach dem Prinzip der Subsidiarität liegen seine Aufgaben dort, wo deren Selbstorganisation ihre Grenzen findet. Mindestens drei spezielle Aufgabenbereiche staatlichen Handelns lassen sich benennen:

- Die „kooperative Vielfalt“ des neuen Arbeitsmodells birgt die Gefahr der Zersplitterung der Gesellschaft in individuelle Arbeitsbiographien in sich. Hier ist der Staat gefordert, gesellschaftliche Räume und Zeiten zu sichern (sogenannte Commons). Das sind z.B. gemeinsame Freizeiten wie Wochenenden oder gemeinsame Orte für Gemeinschaftsprojekte;
- diese „kooperative Vielfalt“ stellt bestimmte Ansprüche an die Kompetenz der BürgerInnen. Eine gute Bildung und ständige Weiterbildung sind daher nötig. Bildung meint dabei, Möglichkeitsräume für Menschen zu öffnen. Bildung in diesem Sinne heißt: „Menschen machen sich miteinander auf die Suche nach ihren Fähigkeiten“ (Fee Czisch bei den Kempfenhäuser Gesprächen, zit. n. Rossbroich 1998). So erhalten sie die Kompetenz, Gesellschaft zukunftsfähig mitzugestalten;
- diese „kooperative Vielfalt“ beinhaltet Gleich-Wertigkeit von Menschen, Arbeitsformen und Einkommensarten und ist nur erreichbar, wenn diejenigen, die heute die „gute“ Erwerbsarbeit besetzen und besitzen, davon abgeben. D.h. aber auch - Macht abzugeben. Da das nicht immer freiwillig geschehen wird, ist auch hier der Staat gefordert.

Von der Arbeitsgesellschaft zur Mitgestaltungsgesellschaft

Dieses Konzept „kooperativer Vielfalt“ als „Ganzes der Arbeit“ ist keine Rückkehr zur Arbeitsgesellschaft. Diese Rückkehr gibt es nicht - nicht nur, weil uns die „Arbeit ausgeht“, sondern vor allem, weil sich die Arbeit selbst verändert. Heute ist die Arbeit noch großen Teils fremdbestimmt, isoliert, auf Kompensation durch Konsum gerichtet, wie es der alte Gesellschaftsvertrag vorsieht. Zukunftsfähiges Arbeiten dagegen ist selbstbestimmt, kooperativ und auf die Gestaltung eines „guten Lebens“ gerichtet, dessen Prinzipien im gesellschaftlichen Diskurs zu bestimmen sind. Beschäftigungspolitik mit dem Ziel der zukunftsfähigen Gestaltung des „Ganzes der Arbeit“ ist somit Politik für das Tätigkeitskonzept einer Mitgestaltungsgesellschaft, an der alle teilnehmen können und in der die Prinzipien Partizipation, Kooperation, Subsidiarität und Verantwortung gelten.

Adelheid Biesecker ist Professorin am Institut für Ökonomie und Soziales Handeln, Universität Bremen.

Literatur

Beck, Ulrich (1998), Freiwillig aber nicht umsonst. Bürgerarbeit als neues Modell von Engagement auf kommunaler Ebene, in: Politische Ökologie Nr. 54 (Nachhaltiges Arbeiten. Ein Weg aus der Beschäftigungs- und Umweltkrise?), S. 61-64.

- Bergmann, Frithjof (1998), Raum der Möglichkeiten. In Zentren für Neue Arbeit zukünftige Lebensstile ausprobieren, in: Politische Ökologie Nr. 54 (Nachhaltiges Arbeiten. Ein Weg aus der Beschäftigungs- und Umweltkrise?), S. 55-58.
- Biesecker, Adelheid (1997), Neue Formen der Teilung und Verteilung von Arbeit, in: Vereinigung für Ökologische Ökonomie e.V. (VÖÖ) (Hg.): Arbeiten in einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft. Dokumentation der 1. Arbeitstagung der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) in Heidelberg, Schriftenreihe zur Politischen Ökologie Nr. 4, München: ökom, S. 51-77.
- Biesecker, Adelheid (1998), Shareholder, Stakeholder and Beyond - Auf dem Weg zu einer Vorsorgenden Wirtschaftsweise, Nr. 26 der Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozial-Ökonomie, hrsg. von A. Biesecker, W. Elsner, K. Grenzdörffer, Bremen: Universität.
- Biesecker, Adelheid/Jochimsen, Maren/ Knobloch, Ulrike (1997), Vorsorgendes Wirtschaften, in: Ökologisches Wirtschaften Heft 3/4 1997 (Special: Nachhaltiges Wirtschaften - eine feministische Perspektive), S. 7-8.
- Biesecker, Adelheid/v. Winterfeld, Uta (1998), Vergessene Arbeitswirklichkeiten, in: W. Bierter und U. v. Winterfeld (Hg.): Zukunft der Arbeit - welche Arbeit? Berlin, Basel, Boston: Birkhäuser, S. 32-51.
- Busch-Lüty, Christiane u.a. (Hg.) (1994), Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit, Politische Ökologie, Sonderheft 6, München: ökom.
- Busch-Lüty, Christiane (1996), Nachhaltige Entwicklung als Ziel und selbstorganisierender Verständigungsprozeß, in: A. Biesecker und K. Grenzdörffer (Hg.): Kooperation, Netzwerk, Selbstorganisation. Elemente demokratischen Wirtschaftens, Pfaffenweiler: Centaurus, S. 141-146.
- Busch-Lüty, Christiane/Dürr, Hans-Peter (1993), Ökonomie und Natur. Versuch einer Annäherung im interdisziplinären Dialog, in: H. König (Hg.): Umweltverträgliches Wirtschaften als Problem von Wissenschaft und Politik, Schriften des Vereins für Sozialpolitik N.F. Bd. 224, Berlin: Duncker & Humblot, S. 12-44.
- Fraser, Nancy (1997), Justice Interruptus. Critical Reflections on the „Postsocialist“ Condition, New York und London: Routledge.
- Hofmeister, Sabine (1998), Von der Abfallwirtschaft zur ökologischen Stoffwirtschaft. Wege zu einer Ökonomie der Reproduktion, Opladen und Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jürgens, Kerstin/Reinecke, Karin (1997), Die „28,8-Stunden-Woche“ bei Volkswagen: Ein neues Arbeitszeitmodell und seine Auswirkungen auf familiäre Lebenszusammenhänge von Schichtarbeitern, in: H. Geiling (Hg.): Integration und Ausgrenzung, Hannover: Offizien, S. 309-328.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hg.) (1997), Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen, Bonn.
- Metall 1/98, Textilfirma Rösch in Tübingen: Maßgeschneidert und familienfreundlich.
- Redler, Elisabeth (1998), Tätigkeit statt Warenkauf. Über Stellenwert, Möglichkeiten und Grenzen der Eigenarbeit, in: Politische Ökologie Nr. 54 (Nachhaltiges Arbeiten. Ein Weg aus der Beschäftigungs- und Umweltkrise?), S. 65-67.
- Rossbroich, Joachim (1998), Strukturwandel der Arbeitswelt: Entwicklungschancen für Mensch und Gesellschaft? Materialien zu den Arbeitsgruppen der fünften Gesprächsrunde der Kempfenhausener Gespräche vom 16.18.10.98, unveröff. Manuskript
- Scherhorn, Gerhard (1995), Güterwohlstand versus Zeitwohlstand - Über die Unvereinbarkeit des materiellen und immateriellen Produktivitätsbegriffs, in: B. Biervert und M. Held (Hg.): Zeit in der Ökonomie, Perspektiven für die Theoriebildung, Frankfurt und New York: Campus, S. 147-168.
- Scherhorn, Gerhard (1998), Das Ganze der Güter, in Meyer-Abich, Klaus-Michael (Hrsg.): Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens. Ganzheitliches Denken der Natur in Wissenschaft und Wirtschaft, München 1997: Beck.
- Scherhorn, Gerhard u.a. (1997), Wohlstandskosten und verantwortliches Handeln, Arbeitspapier 68 des Instituts für Haushalts- und Konsumökonomik der Universität Hohenheim, Stuttgart.
- Schor, Juliet W. (1992), The Overworked American. The Unexpected Decline of Leisure, New York: Basic Books.
- Scurrall, Babette (1997), Der blinde Fleck der Arbeit. Arbeitslosigkeit als Folge einer Teilung der Arbeit, in: Politische Ökologie Nr. 50, S. 44-47.
- Spitzley, Helmut (1998), Arbeitszeit und plurale Ökonomie - Handlungsoptionen in einer solidarischen Gesellschaft, in: W. Bierter und U.v. Winterfeld (Hg.): Zukunft der Arbeit - welcher Arbeit?, Berlin, Basel, Boston: Birkhäuser, S. 161-191.
- Spitzner, Meike (1997), Distanz zu Leben, Arbeit und Gemeinschaft? Über den „göttlichen Ingenieur“ und die Verkehrswissenschaft im konstruierten
- Raum, in: Uta v. Winterfeld u.a. (Hg.): vom Zwischenruf zum Kontrapunkt. Frauen, Wissenschaft, Natur, Bielefeld: Kleine, S. 83-84.
- Ulrich, Peter (1997), Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, Bern, Stuttgart, Wien: Paul Haupt.
- Widmaier, Hans-Peter (1998), Wirtschaft, Staat und Solidarität. Von bürokratischer zu dialogischer Sozialpolitik?, in: Bayerische Hypotheken- und WechselBank AG (Hg.): Kempfenhausener Gespräche, Zweiter Zyklus (Strukturwandel der Arbeitswelt: Entwicklungschancen für Mensch und Gesellschaft?) Zweites Gespräch 7. - 9. März 1997 (Geschichte der industriellen Arbeitsgesellschaft: Strukturwandel bis heute und Potentiale für die Zukunft), München, S. 50-59.
- Widmaier, Hans-Peter/Wichert, Christian (1995), Kultur- und demokratietheoretische Begründung sozialer Bedürfnisse, in: K. Grenzdörffer u.a. (Hg.): Neue Bewertungen in der Ökonomie, Pfaffenweiler : Centaurus, S. 199-158.